

Berlin, den 31.05.2023

Mitteilung
der Bundesregierung
der Bundesrepublik Deutschland
an die Europäische Kommission

Betreff: State aid – review of rules on exemptions for small amounts of aid to services of general economic interest

Bezug: Mitteilung der Kommission C(2023) 2578 final vom 19.04.2023 - Entwurf für eine Verordnung der Kommission über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen

Vorbemerkung:

Die Bundesregierung bedankt sich für die Möglichkeit zu einer Stellungnahme zum Entwurf für eine Verordnung der Kommission über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Dawl) erbringen (folgend: Entwurf). Die Bundesregierung begrüßt insbesondere weiterhin das Ziel der Kommission, Unterschiede zwischen der allgemeinen De-minimis-Verordnung und der Dawl-De-minimis-Verordnung zu beseitigen und so das Beihilferecht zu vereinfachen.

1. Kein Beihilferegister für alle De-minimis-Beihilfen

Die Bundesregierung spricht sich weiterhin entschieden gegen ein De-minimis-Beihilfenregister aus, und zwar in Bezug auf die Dawl-De-minimis-Verordnung ebenso wie in Bezug auf die allgemeine De-minimis-Verordnung.

Zur Begründung wird vollumfänglich auf Punkt 5. der Stellungnahme der Bundesregierung zur geplanten Änderung der allgemeinen De-minimis-Verordnung verwiesen. Ein Register ist weder nach Sinn und Zweck der De-minimis-Verordnungen geboten noch praktikabel – für einen föderal aufgebauten Mitgliedstaat wie die Bundesrepublik Deutschland mit mehr als 10.000 Kommunen und verschiedenen Landes- und Bundesbehörden gilt letzteres in besonderem Maße.

Speziell bei Dawl sind viele Unternehmer auch sonst in keinem Register o.ä. erfasst (z.B. Vermieter einer Wohnung im sozialen Wohnungsbau).

2. Höhere Inflationsanpassung

Die Bundesregierung begrüßt weiterhin das Ziel der Kommission, die Dawl-De-minimis-Grenze i.H.v. bisher 500.000 € an die Inflation anzupassen. Die Bundesregierung hält hierzu gleichzeitig weiterhin fest an ihrer Berechnung unter Punkt 2. ihrer am 06.01. übermittelten Stellungnahme zur Höhe der erforderlichen Inflationsanpassung. Nach dieser Berechnung ergibt sich ein Wert i.H.v. 775.255 €, welcher aufgrund der steigenden Kosten durch den russischen Angriffskrieg auf 800.000 € bis 1 Mio. € erhöht werden sollte. Der in dem Entwurf angegebene Wert von 650.000 € ist zu niedrig.

3. Betrauungsakt nicht zwingend schriftlich

In Erwägungsgrund Nr. 8 Satz 2 muss „schriftlich“ gestrichen werden. Erwägungsgrund Nr. 8 Satz 2 führt aus, dass das begünstigte Unternehmen „schriftlich“ mit der Dawl, für die die De-minimis-Beihilfe gewährt wird, betraut worden sein muss. Die Schriftform ist jedoch keine rechtliche Voraussetzung für einen wirksamen Dawl-Betrauungsakt (vgl. Rn. 47 der Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen Leitfaden zur Anwendung der Vorschriften der Europäischen Union über staatliche Beihilfen, öffentliche Aufträge und den Binnenmarkt auf Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse und insbesondere auf Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interessen, vom 29.4.2013 SWD(2013) 53 final/2) und sie ist auch in der Praxis nicht die einzige Form für Dawl-Betrauungen.

4. Erwägungsgrund Nr. 10 streichen

Es wird angeregt, Erwägungsgrund Nr. 10 des Entwurfs zu streichen, weil dieser Erwägungsgrund überflüssig und sein Wortlaut missverständlich ist. Nach dem Wortlaut dieses Erwägungsgrund soll diese Verordnung auch für die Vermarktung und Verarbeitung landwirtschaftlicher

Erzeugnisse gelten. Die Vermarktung und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist aber keine Dawl.

5. Nachrangdarlehen regeln

Die Bundesregierung regt erneut eine Regelung für Nachrangdarlehen für den De-minimis-Bereich an (siehe bereits Punkt 3. der Stellungnahme der Bundesregierung vom 06.01. sowie Punkt 3. der Stellungnahme der Bundesregierung zum Entwurf der Neufassung der allgemeinen De-minimis-Verordnung).

6. De-minimis-Bestätigungen per E-Mail ermöglichen

Die Bundesregierung hält eine klare und ausdrückliche Regelung für erforderlich, wonach die Beihilfegeber die gemäß Art. 6 Abs. 1 des Entwurfs erforderlichen Bestätigungen über die Höhe voraussichtliche Höhe von De-minimis-Beihilfen auch per E-Mail (oder PDF zum Download etc.) ohne weitergehende Formerfordernisse abgeben können. Zusätzliche Formerfordernisse haben keinen praktischen Vorteil und sind nicht mehr zeitgemäß.

7. Bagatellgrenze einführen

Die Bundesregierung schlägt wie schon in Punkt 6. ihrer Stellungnahme vom 06.01. und in Punkt 6. ihrer Stellungnahme zum Entwurf einer Neufassung der allgemeinen De-minimis-Verordnung vor, dass wenigstens für sehr kleine Beihilfenbeträge gar keine Formalitäten erforderlich sein sollen. In Deutschland gibt es z.B. Beihilfen im Wert von 50-100 € (z.B. Energieeffizienz-Beratungen für KMU), die einen effektiven und wichtigen Beitrag zur grünen Transition der Wirtschaft im KMU-Bereich leisten können. Gerade diese sehr kleinen und besonders effizienten Beihilfen werden aber in der Praxis oft nicht in Anspruch genommen, weil die bürokratischen Hürden zu hoch erscheinen. Eine Wettbewerbsverzerrung bei derart geringen Beträgen ist ausgeschlossen.

8. Kalenderjahre statt Steuerjahre veranschlagen

Die Bundesregierung schlägt wie schon in Punkt 7. der Stellungnahme vom 06.01. sowie in Punkt 7. ihrer Stellungnahme zum Entwurf einer Neufassung der allgemeinen De-minimis-Verordnung vor, dass die De-minimis-Regelungen zukünftig auf Kalenderjahre statt auf Steuerjahre abstellen sollen. Das Steuerjahr kann im deutschen Recht bei jedem Unternehmen anders sein. Der Zeitraum des Steuerjahrs kann teils vom Unternehmen selbst gewählt werden.

Besonders wenig praxisgerecht erscheint Art. 6 Abs. 7 des Entwurfs. Nach dieser Vorschrift sollen die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, ihre Aufzeichnungen zehn Steuerjahre lang aufzubewahren. Dies würde in Deutschland unterschiedliche Aufbewahrungsfristen für Unternehmen bedeuten. Art. 6 Abs. 7 weicht damit unnötig ab von dem Entwurf zur Neufassung der allgemeinen De-minimis-Verordnung (siehe dort Art. 6 Abs. 5).

9. Gemeinwohlorientierte Unternehmen

In Bezug auf die für Deutschland sehr wichtigen gemeinwohlorientierten Unternehmen, die im Bereich der Daseinsvorsorge wertvolle Arbeit leisten, bittet die Bundesregierung die Kommission darum, deren Belange im Beihilfenrecht generell verstärkt in den Blick zu nehmen. Die Bundesregierung wäre speziell im Bereich der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zudem für einen Dialog mit der Kommission dankbar, wie die Beihilfeinstrumente in diesem Bereich für Unternehmen aus der Sozialwirtschaft noch besser genutzt werden können. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf den Aktionsplan der Kommission zur Förderung der Sozialwirtschaft und zur Schaffung von Arbeitsplätzen vom 9.12.2021¹, der die Sozialwirtschaft in Europa fördern soll, wobei ihr wirtschaftliches Potenzial und ihr Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen ebenso genutzt werden wie ihr Beitrag zu einer fairen und inklusiven Erholung und zum ökologischen und digitalen Wandel.

¹ <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=10117&furtherNews=yes>